

Umweltpositionen und -forderungen der Parteien in den Europawahlprogrammen

Stand: 02.04.2009

Was sagt eigentlich die CDU zum Thema Atomkraft? Und wie hält es die Linkspartei mit der biologischen Vielfalt? In einer vergleichenden Tabelle hat die EU-Koordinationsstelle des Deutschen Naturschutzrings die umweltpolitischen Aussagen der Parteien aus den Europawahlprogrammen herausgefiltert und ausgewertet. Die Tabelle ist thematisch gegliedert und die Formulierungen eng an den Wortlaut der Originaltexte angelehnt. Auf diese Weise wird neutral dargestellt, was CDU, SPD, FDP, Grüne und Linkspartei in ihren Europawahlprogrammen zu den verschiedenen umweltpolitischen Themen zu sagen haben. Da Papier, auf dem Parteiprogramme gedruckt werden, ganz besonders geduldig ist, sei jedem/jeder angeraten, in der Praxis zu überprüfen, wie ernst die einzelnen Politiker ihre eigenen Aussagen nehmen.

CDU: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/090316-europa-wahlprogramm-2009.pdf>

SPD: http://www.spd.de/de/aktuell/veranstaltungen/081208_europa-delegiertenkonferenz/081208_europamanifest.html

FDP: <http://www.fdp-europawahl.de/files/14211/eu-programm.pdf>

Die Grünen: http://www.gruene-partei.de/cms/default/dok/267/267120.starkes_team_zieht_in_europawahlkampf.htm

Linkspartei: http://die-linke.de/partei/organe/parteitage/europaparteitag_2009/solidaritaet_demokratie_frieden_gemeinsam_fuer_den_wechsel_in_europa_europawahlprogramm/

Bei Rückfragen wenden Sie sich an:

Sara Becker, Tel. +49 (0)30 / 6781775-87, E-Mail: berlin1@dnr.de

Thema: Klimawandel				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Umsetzung der selbstgesteckten Klimaziele (Reduzierung CO ₂ -Ausstoß um 20 Prozent,).	Umsetzung der selbstgesteckten Klimaziele durch die EU (Reduzierung des CO ₂ -Ausstoßes um 20 Prozent); Verabschiedung einer ambitionierten Klimaschutzrichtlinie mit ambitionierten Zielen und Maßnahmen in Sektoren wie Landwirtschaft, Nahrungsmittel, Bau und Verkehr, die von den bisherigen Regelungen des EU-Klima und Energiepakets nicht erfasst sind.	Reduzierung der Treibhausgase um 20 Prozent gegenüber 1990.	Die EU muss ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 30 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren.	Der Ausstoß an Klimagasen muss in der EU bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent gegenüber 1990 verringert werden. Die Minderungen müssen durch Maßnahmen innerhalb der EU erreicht werden. Der Zukauf von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt ist auszuschließen.
Thema: Internationale Umwelt- und Klimapolitik				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Die EU muss laut CDU ihre eigenen Klimaschutzziele umsetzen und eine europäische Energiestrategie entwickeln, um international	Die EU muss laut SPD geschlossen und entschlossen in den internationalen Klimaverhandlungen auftreten und auf weit reichende Ziele im	Die EU muss sich laut FDP international für verbindliche, weltweite Klimaschutzziele im Rahmen eines Post-Kyoto-Abkommens	Entwicklungs- und Schwellenländer müssen bei Technologietransfer und Anpassung an den Klimawandel über geeignete Finanzin-	Um die Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen zu beschleunigen, muss die EU deutlich mehr Finanzmittel für den

<p>glaubhaft und einheitlich auftreten zu können.</p>	<p>internationalen Klimaschutz für die Zeit nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls in 2012 dringen.</p>	<p>einsetzen; die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen ausreichende finanzielle Mittel für einen Technologiefonds, einen Anpassungsfonds und für die Finanzierung von Aufforstungsprojekten in den Tropen bereitstellen. Es muss mehr Initiativen zur Umsetzung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern geben durch konsequente Nutzung des Clean Development Mechanisms (CDM), die Anrechnung von Aufforstungsprojekten und Maßnahmen zur Vermeidung von Abholzung. CDM muss so reformiert werden, dass die Zusätzlichkeit der Projekte sichergestellt ist.</p>	<p>strumente und nachhaltige CDM-Projekte unterstützt werden. Ein Export jeglicher Reduktionsbemühungen in Entwicklungsländer, um zu Hause unverändert weiter wirtschaften zu können, wie es sowohl der Emissionshandel als auch die Richtlinie zur Lastenteilung (CDM) aktuell zulassen, sind dagegen kein Zeichen des Aufbruchs.</p>	<p>Klima- und Regenwaldschutz sowie für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern bereitstellen.</p>
---	--	---	--	---

Thema: Emissionshandel				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
<p>Das europäische Emissionshandelssystem soll für Staaten und Handelssysteme außerhalb der EU geöffnet werden und langfristig zu einem globalen System weiterentwickelt werden.</p>	<p>Nur Nennung als Eckpfeiler des EU-Klima- und Energiepakets im Europawahlprogramm der SPD.</p>	<p>Die FDP begrüßt den Emissionshandel und fordert zügige Verhandlungen über die Vernetzung des EU-Emissionshandels mit neuen Emissionshandelssystemen in Nordamerika und Australien. Ausweitung des Emissionshandels auf den gesamten Verkehr und den Wärmemarkt. Ansatzpunkt soll dort die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein.</p>	<p>Das Ende 2008 beschlossene System, das lediglich auf einer 20-prozentigen CO2 Reduktion basiert, muss auf eine 30-prozentige Emissionsreduktion angehoben werden. Auch muss die Entscheidung revidiert werden, dass die verarbeitende Industrie von der Zertifikatsversteigerung ausgenommen ist. Flug- und Schiffsverkehr müssen in den Emissionshandel mit einbezogen werden. Dabei ist es egal, ob es ein innereuropäischer Flug ist oder ob die Grenzen der EU übertreten werden.</p>	<p>Der EU-Emissionshandel hat aus Sicht der Linken als zentrales Klimaschutzinstrument versagt. An die Stelle des Emissionshandels müssen deshalb radikale ordnungspolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft treten.</p>

Thema: Industrieemissionen				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angabe	Keine Angabe	Die zum Teil missbräuchlich genutzten Spielräume der Mitgliedsstaaten bei Emissionsgrenzwerten für Industrieanlagen müssen laut FDP abgeschafft werden. Die FDP unterstützt einheitliche europäische Standards für deren Genehmigung und Betrieb durch eine Revision der Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie)	Siehe Emissionshandel.	Keine Angabe
Thema: Anpassung an den Klimawandel				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Keine Angaben	Anpassungsmaßnahmen an unvermeidbare klimatische Veränderungen wie Deichbau, Küsten- und Hochwasserschutz sind laut FDP unverzichtbar.	Die Entwicklungsländer sollen bei der Anpassung an den Klimawandel umfassend finanziell unterstützt werden.	Mit Planungsmaßnahmen in Raumordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und Landschaftspflege soll dem bereits in Gang gesetzten Klimawandel und seinen Folgen begegnet werden.
Thema: Landwirtschaft				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Ein „wirksamer Verbraucher-, Natur- und Tierschutz“ sind der CDU zufolge Voraussetzung für eine nachhaltige Landwirtschaft. Ihrer Ansicht nach kann auf das Instrument der Direktzahlungen an die europäischen Bauern nicht verzichtet werden.	Die SPD fordert Maßnahmen im Bereich Landwirtschaft im Rahmen einer neuen EU-Klimaschutzrichtlinie.	Keine Angaben	Mit europäischen Mitteln wollen die Grünen ökologischen Landbau, eine nachhaltige ländliche Wirtschaft und den Einstieg in eine ausgewogene Ernährungspolitik fördern; ökologische Praxis, die Schaffung von Arbeitsplätzen und tiergerechte Haltung müssen gefördert werden. Mit einem Klimabonus soll klimaverträgliche Bewirtschaftung belohnt werden; für die Grünen sind die EU-	Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist so auszugestalten, dass sie sowohl den Interessen der Menschen als auch der Verantwortung für die Ernährungssouveränität anderer Regionen der Welt entspricht. Das Recht auf Nahrung muss mit ökologischer Verantwortung umgesetzt werden; Die natürlichen Ressourcen sind sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltig zu nutzen und die natür-

			Programme zur Erhaltung der genetischen Ressourcen unzureichend. Es sollen Gesetzesrahmen und Förderprogramme geschaffen werden, die genetische Vielfalt als Lebensgrundlage fördern.	lichen Lebensgrundlagen Wasser, Boden und Biodiversität dauerhaft zu erhalten. Standards in der Umweltverträglichkeit von Produktionsverfahren und im Tierschutz müssen weiterentwickelt und EU-weit harmonisiert werden; Die notwendigen Agrarbeihilfen sind künftig auf nachhaltige Landnutzungskonzepte und existenzsichernde Arbeitsplätze auszurichten. Die Förderung des ökologischen Landbaus und sein Wachstum müssen auch zukünftig gewährleistet sein. Die Konzentration von Bodeneigentum und die Spekulationen auf dem Agrarrohstoffmarkt sind zu unterbinden, Exportsubventionen abzuschaffen.
--	--	--	---	---

Thema: Fossile Energieträger

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Auf absehbare Zeit bleibt die EU aus Sicht der CDU auf die Nutzung fossiler Energieträger angewiesen.	Keine Angaben.	Keine Angaben	Die Grünen fordern ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke.	Der Neubau von Kohlekraftwerken muss aus Sicht der Linken verhindert werden.

Thema: Atomkraft

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Auch auf die Nutzung von Kernkraft kann nach Meinung der CDU in absehbarer Zeit nicht verzichtet werden.	Aufgrund ihrer erheblichen Sicherheitsrisiken, der ungeklärten Entsorgungsfrage radioaktiver Abfälle und der Endlichkeit der benötigten Uranvorkommen lehnt die SPD Kernkraftnutzung ab.	Keine Angaben.	Die Grünen fordern den Ausstieg aus der Atomenergie und die Abschaffung von Euratom. Solange noch AKW in Europa betrieben werden, müssen diese nach den besten technischen Möglichkeiten ausgestattet sein. Um zumindest einen Teil der externen Kosten zu internalisieren, wollen die Grünen EU-weit Brennelementesteuern, eine unbeschränkte Haftung für	Die Linken fordern einen unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Der Euratom-Vertrag soll beendet werden. Sofortige Stilllegung der Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Sellafield, ein Verbot der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennstäbe und – bis zur Inbetriebnahme geeigneter Endlager – den Verzicht auf Rücktrans-

			mögliche Atomunfälle und die Einrichtung von staatlichen Fonds zur Deckung von Abriss und Endlagerkosten.	porte hochradioaktiven Wiederaufarbeitungsmülls in die Herkunftsländer.
--	--	--	---	---

Thema: Bioenergie

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Landwirtschaft und ländliche Regionen in Europa sollen von den neuen Möglichkeiten der Produktion von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen profitieren können.	Keine Angaben	Bei importierter Biomasse muss die EU laut FDP eine international wirksame Zertifizierung in die Praxis umsetzen, die sicherstellt, dass die Kraftstoff- oder Stromproduktion nicht die Abholzung des Regenwaldes oder anderer ökologisch sensibler Gebiete fördert.	Die Grünen halten nachhaltig angebaute Biomasse für eine Chance, Klimaschutz und Energiesicherheit zu verbinden. Allerdings darf durch die Bioenergie-Produktion nicht die Welternährung und die biologische Vielfalt in Gefahr geraten. Es sollen deshalb nur diejenigen Energieunternehmen gefördert werden, die in ökologisch und sozial tragfähige Energieerzeugungssysteme investieren; die Grünen fordern klare ökologische und soziale Standards für die Erzeugung pflanzlicher Rohstoffe, die Umsetzung der EU-Richtlinie für erneuerbare Energien in nationale Nachhaltigkeitsverordnungen und eine international anerkannte Folgenabschätzung und Zertifizierung für den Pflanzenanbau im Hinblick auf die globale Ernährungssicherheit und den Erhalt der biologischen Vielfalt.	Das Agroenergie-Ausbauziel der EU ist angesichts von Tropenwaldvernichtung, Vertreibung von Kleinbauern etc. auf die in der EU nachhaltig zu produzierende Biomasse zu beschränken.

Thema: Erneuerbare Energien

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 Prozent bis 2020.	Europäische Technologieführerschaft im Bereich Erneuerbare Energien soll ausgebaut werden; Ausbau erneuerbarer Energien in Europa; erneuerbare Energie als	Die FDP fordert eine Innovationsoffensive für Erneuerbare Energien und die Förderung moderner CO2-Abscheidungstechnik (CCS); Erhöhung des Anteil an Erneuerbaren	Die Grünen wollen die EU vollständig auf erneuerbare Energien umstellen. Dieses Ziel soll bis 2040, spätestens jedoch bis 2050 erreicht werden; Gründung einer	Der Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien muss beschleunigt werden; Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 25 Prozent bis 2020.

	Beitrag zu einer Diversifikation der Energiequellen und damit zu mehr Energiesicherheit.	Energien auf 20 Prozent bis 2020.	Gemeinschaft für Erneuerbare Energien (EURENEW) durch Umwidmung von Euratom-Mitteln.	
--	--	-----------------------------------	--	--

Thema: Energieeffizienz

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Erhöhung der Energieeffizienz um 20 Prozent.	Europäische Technologieführerschaft im Bereich Energieeffizienz soll ausgebaut werden.	Keine Angaben	Bis 2020 eine Energieeffizienzsteigerung um mindestens 20 Prozent. Dies muss eine bindende Verpflichtung für die Mitgliedstaaten sein; Anreize für Öko-Innovationen schaffen, Verbesserung der Verbrauchskennzeichnung von Endgeräten, europaweite Mindeststandards für Endgeräte und ein Verbot von Stand-By-Schaltungen; Durchsetzung des Top-Runner-Prinzips: die jeweils energieeffizientesten Geräte einer Produktklasse geben den Maßstab vor, den alle vergleichbaren Produkte innerhalb eines festgelegten Zeitraums erreichen müssen; Weiterentwicklung der EU-Richtlinie zur Gebäudesanierung- und -dämmung; Konsequente Wettbewerbspolitik und Regulierung auf den Energiemärkten.	Ein Umbau des Energiesystems hin zu einem sparsameren Umgang mit Energie muss beschleunigt werden.

Thema: Energieaußenpolitik

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Die CDU will sich für eine gemeinsame europäische Energiestrategie einsetzen, die den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten erhöht. Dazu gehört die Erschließung weiterer Bezugsquellen (Diversifikation), die sowohl	Die SPD fordert die Entwicklung einer gemeinsamen Energieaußenpolitik durch die EU, damit sie aus einer starken Position mit den Förder- und Transitländern über eine sichere und nachhaltige Energieversorgung verhandeln kann.	Keine Angaben	Den Weg der militärischen Absicherung der Energieversorgung, wie sie im Weißbuch der EU gefordert wird, lehnen die Grünen ab. Versorgungssicherheit soll erreicht werden durch die Förderung erneuerbarer Energien und über	Ablehnung einer Militarisierung der Energieversorgung.

neue Pipelineprojekte als auch andere technische Transportalternativen in Betracht zieht.			multilaterale und regionale Kooperation. Die bisher zersplitterte Zuständigkeit für Energiepolitik wollen wir beenden und in einer Zuständigkeit der Kommission zusammenführen. Eine internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) soll Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von erneuerbaren Energien beraten und unterstützen.	
---	--	--	---	--

Thema: Governance der EU-Umweltpolitik

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Keine Angaben	Verstöße gegen Umweltvorschriften müssen konsequent verfolgt werden; zugleich muss die Reglungsdichte im Umweltbereich merklich verringert werden; europäische Umweltpolitik mit mehr Markt und Eigenverantwortung, Anreize statt Verbote	Die Grünen fordern ein Verbandsklagerecht in der EU, damit nicht mehr nur EinzelbürgerInnen gegen Versäumnisse der Umsetzung von Umweltvorgaben auf nationaler oder lokaler Ebene klagen können.	Die Strom- und Gasnetze müssen in die öffentliche Hand überführt werden.

Thema: Biologische Vielfalt

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Die Vielfalt an Lebensräumen und Arten in Europa soll geschützt und langfristig erhalten werden.	Berücksichtigung des Vorsorgeprinzips beim Schutz der Biodiversität. Initiierung eines Prozesses zur forcierten Forschung und Bestandsaufnahme zur biologischen Vielfalt sowie der Definition klarer Zielsetzungen einer Politik für Biodiversität. Das Verursacherprinzip soll für die Reparatur zerstörender Eingriffe maßgeblich sein; die EU muss wirksamere Maßnahmen gegen den Handel mit illegal geschlagenem Holz ergreifen.	Die Grünen stehen für eine Politik und für eine gesellschaftliche Haltung, die Schutz und nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen vereint. Einseitige Maßnahmen, die sich nur auf den Schutz einer gesonderten Art beziehen, greifen zu kurz. Sie fordern deshalb die Integration des Biodiversitätsschutzes in alle Politikbereiche. Dazu ist ein systematischer Ansatz notwendig. Es gilt, Biodiversitätspolitik als Querschnittsaufgabe zu verstehen und	Stärkung des Natura 2000-Schutzgebietsnetzes auf dem Land und im Meer. Der Rückgang der Artenvielfalt muss unverzüglich gestoppt werden. Die Einfuhr von und der Handel mit illegal geschlagenem Tropenholz sind EU-weit zu verbieten.

			konsequent umzusetzen. Die Grünen fordern zudem die Stärkung des Natura-2000-Netzes durch stärkeren Schutz, langfristige Finanzierungsmechanismen und umfassende Management- und Monitoring-Systeme. Verbindung der einzelnen Natura-2000 Gebiete miteinander z.B. durch ein Wildwegenetz.	
--	--	--	--	--

Thema: Verkehr

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Die SPD fordert Verkehrsmaßnahmen im Rahmen einer neuen EU-Klimaschutzrichtlinie.	Im Schiffsverkehr müssen die Luftverunreinigungen durch Schwefel- und Stickstoffemissionen gesenkt werden. Neben der Verschärfung von Grenzwerten muss eine flächendeckende landseitige Stromversorgung der Schiffe während der Liegezeiten in Häfen aufgebaut werden.; Die Nutzung der Elektromobilität ist in Europa systematisch voranzutreiben. Der Klimaschutz im Straßenverkehr ist vordringlich durch die Nutzung des Emissionshandels zu erreichen und, wenn überhaupt, dann nur vorübergehend mit Hilfe bürokratischer Grenzwerte und einseitiger Belastungen für die Automobilhersteller.	Leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel müssen das Rückgrat eines umweltverträglichen Mobilitätssystems werden, dazu gehören nationale Radverkehrspläne, car-sharing-Modelle und saubere Autos der Zukunft. Ein flächendeckendes Bahnnetz – auch in ländlichen Regionen – muss Alternativen zum Straßen- und Flugverkehr bieten. Vorfahrt für die Schiene beim Ausbau der Transeuropäischen Netze. LKW-Maut, die alle ökologischen und sozialen Kosten einrechnet, Einbeziehung des gesamten Flug- und Schiffsverkehrs in den Emissionshandel; Europäische Kerosinbesteuerung; Förderung der Schifffahrt wo sie wirtschaftlich Sinn macht und ökologisch verantwortbar ist.; Ablehnung von Wasserautobahnen wie im Falle von Elbe und Donau; Verschärfung des CO2-Grenzwerts für neue Pkw auf 80 g/km bis 2020; Einführung von Tempolimits	Grundlegende Neuausrichtung der Verkehrspolitik. Vermeidung von unnötigem Verkehr und Ausbau des ÖPNV. Umlenkung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene; Bei der LKW-Maut sind die Umweltkosten einzubeziehen; EU-weites Verbot von Gigalintern und strengere Verbrauchs- und Abgasnormen für neue Pkw; europaweite Abgabe auf fossile Kraftstoffe im Flug- und Schiffsverkehr.

			(max. 120 km/h).	
Thema: Abfall				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Keine Angaben	Dreistufige Abfallhierarchie: Abfallvermeidung vor Verwertung vor Beseitigung. Alle Formen der Verwertung müssen als gleichwertige Optionen betrachtet werden. Bei der Umsatzsteuer für Abfall und Abwasser sollen private und öffentliche Entsorger gleichgestellt werden. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz soll zur Anwendung kommen.	Müllvermeidung hat oberste Priorität. Es sollen dafür europaweite Zielvorgaben für die Müllvermeidung eingeführt werden und die Recyclingquoten erhöht werden. Bestehende Müllverbrennungsanlagen müssen dem neuesten Stand der Technik entsprechen.	Abfall soll in allererster Linie vermieden werden, ansonsten sind die eingesetzten Stoffe soweit wie möglich zu recyceln. Die Linke lehnt Abfallverbrennung zur Behandlung der Restabfälle als Regelverfahren ab, statt dessen sollen verstärkt alternative Verfahren wie mechanisch-biologische Anlagen gefördert werden; Der grenzüberschreitende Export von Abfällen ist zu untersagen.
Thema: Chemikalien/Pestizide				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Konsequente Umsetzung der Chemikalienrichtlinie REACH und eine Verbesserung der Auskunftsrechte über gefährliche Produkte; Kinder und sensible Personengruppen müssen zum Maßstab werden, wenn die EU Rückstandshöchstmengen von Pestiziden in Nahrungsmitteln festlegt.	Zügige Weiterentwicklung der europäischen Chemikalienverordnung REACH im Interesse gesunder Lebens- und Umweltbedingungen sowie einer besseren Information der VerbraucherInnen.
Thema: Meere und Gewässer				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Keine Angaben	Bessere Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie durch eine länderübergreifende Zusammenarbeit. Bekämpfung der illegalen Fischerei. Berücksichtigung der nachhaltigen Fischerei bei der Ausgestaltung von EU-Fischereiabkommen;	Die Grünen fordern eine verstärkte Koordination von EU, nationalen Regierungen, regionalen und lokalen Behörden in der Meerespolitik; zudem fordern sie vernetzte Meeresschutzgebiete mit hohen Schutzstandards. Die gesamteuro-	Um die Überfischung zu stoppen, setzt sich die Linke für ein Verbot der Grundschleppnetzfisherei, die drastische Minderung des Beifangs und die Kopplung der Fischereisubventionen an ressourcen- und umweltschonende Fangmethoden;

		Verbot der Grundschieppnetz-Fischerei; Eindämmung der Industriefischerei durch die Ausweisung von Vorrang und Ausschlussgebieten.	päische Strategie muss das Problem der Munitionsaltlasten insbesondere in Nord- und Ostsee lösen; höhere Standards für die Schiffsicherheit und eine ökologische Hafenpolitik; Ablehnung von CO2-Ablagerungen im Meer solange die Unbedenklichkeit nicht erwiesen ist. Schrittweise Umsetzung eines Rückwurfverbots für Beifänge, Festlegung der Fangobergrenzen muss allein auf Grundlage wissenschaftlich-ökologischer Kriterien erfolgen. Die meisten Fangquoten müssen deutlich gesenkt werden. Grundschieppnetz-fischerei soll verboten werden; das EP soll in die Festlegung der Fangquoten und die Ausgestaltung des Fischereifonds eingebunden werden. Konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie.	Einrichtung großflächiger Meeresschutzgebiete, in denen Müllentsorgung oder Ressourcenentnahme ausgeschlossen sind; Belastung der Meere durch Stoffeinträge aus Landwirtschaft und Industrie muss vermindert werden; konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
--	--	---	--	---

Thema: Tierschutz				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Die Grünen wollen die EU-Tierschutzgesetzgebung vorantreiben. Für alle Tiere, die in der Landwirtschaft gehalten werden, muss es verbindliche Haltungsvorschriften geben. Tiertransporte dürfen nur zum nächstgelegenen Schlachthof erfolgen und müssen auf acht Stunden begrenzt werden. Einführung eines EU-Tierschutz-Labels; Errichtung eines interdisziplinären europäischen Kompetenzzentrums für Tierschutz. Die	Verbindliche Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene; grundsätzliches Verbot von Tierversuchen außer in begründeten Ausnahmefällen; Weitere Erforschung alternativer Testmethoden; tiergerechte und ethisch vertretbare Haltungs- und Transportbedingungen für Nutztiere; Schrittweise Ersetzung der industriellen Tierhaltung durch umwelt- und ressourcenschonende Haltungsformen; EU-weites Tierschutzsiegel auf Nahrungsmittel

			EU-Tierversuchsrichtlinie soll revidiert werden und die Bereiche Grundlagenforschung, Aus-, Fort- und Weiterbildung mit einbeziehen. Besonders belastende Tierversuche müssen verboten werden. In einer europäischen Datenbank müssen alle Tierversuche dokumentiert werden, um Doppelforschungen zu vermeiden. Langfristig sollen Tierversuche durch Alternativen ersetzt werden.	
--	--	--	--	--

Thema: Lärm

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Keine Angaben	Europaweite Regelung zur Einführung lärmabhängiger Trassenpreise, damit lärmärmere Schienenfahrzeuge in der EU eingesetzt werden. Verschärfung der bestehenden Grenzwerte für Reifengeräusche (EU-Reifenrichtlinie).	Die Grünen fordern schärfere europäische Lärmgrenzwerte für Flugzeuge, Kraftfahrzeuge, Schienenfahrzeuge sowie Straßen und Schienenwege. Die EU-Umgebungslärm-Richtlinie soll durch verbindliche und überprüfbare Maßnahmen umgesetzt werden.	Keine Angaben

Thema: Bodenschutz

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben.	Keine Angaben.	Keine Angaben.	Die Grünen fordern eine europäische Bodenschutzrichtlinie, die Lösungen im Hinblick auf die zunehmende Verschlechterung der Böden bereithält.	Die Linke fordert den Erlass einer EU-Bodenschutz-Verordnung.

Thema: Gentechnik

CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Keine Angaben	Die FDP ist für eine für eine „verantwortbare“ Nutzung der Grünen Gentechnik.	Die Grünen lehnen Gentechnik ab. Sie wollen ein EU-weites Verbot für Gentechnik-Pflanzen. Agro-	Die von genmodifizierten Pflanzen ausgehenden Gefahren für Landwirtschaft, Ernährung und Umwelt

			<p>Gentechnik ist aus ihrer Sicht eine Risikotechnologie, die nicht verantwortbar ist, denn einmal in die Natur freigesetzte Organismen sind nicht mehr rückholbar. Die Grünen fordern eine klare Gen-Kennzeichnung und wollen Kennzeichnungslücken im EU-Recht schließen. Das gilt auch für Produkte wie Fleisch, Milch oder Käse. Den Grünen zufolge müssen Verbraucherinnen und Verbraucher wissen, ob ihre Lebensmittel von Tieren stammen, die mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert wurden.</p> <p>Die Grünen weisen darauf hin, dass Gentechnik ein Geschäft ist, bei dem sich einige wenige Unternehmen – wie Monsanto, DuPont oder Novartis – den gesamten Markt für gentechnisch verändertes Saatgut teilen und zugleich große Teile des Weltmarkts für Pestizide kontrollieren. Die Grünen wollen nicht, dass der Schutz von Mensch und Umwelt Wettbewerbsinteressen untergeordnet wird.</p>	<p>sind laut Linkspartei erheblich. Ihre Verbreitung vertieft aus ihrer Sicht die Abhängigkeiten von internationalen Saatgut- und Pharmakonzernen. Deshalb lehnt sie ihren Anbau ab. Die Patentierung von Genen und in der Natur vorkommenden Substanzen darf es nicht geben. Bis ein Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen durchgesetzt ist, muss eine lückenlose Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte eingeführt werden, um echte Wahlfreiheit für Verbraucher und Produzenten zu schaffen.</p>
--	--	--	---	---

Thema: Bezug zur Finanzkrise				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Auch unter dem Druck der Finanzkrise muss der Einsatz für Nachhaltigkeit und Klimaschutz gleichbleibend ambitioniert fortgeführt werden.	Keine Angaben	Die EU-Emissionsziele dürfen nicht mit Verweis auf die Finanzkrise in Frage gestellt werden. Die EU muss die Rahmenbedingungen dafür setzen, dass die Konjunkturprogramme entscheidend zur Erreichung der Klimaziele beitragen.	Zitat aus dem Wahlprogramm: „Die Wirtschaftskrise fällt zusammen mit Herausforderungen, die Leben in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit weltweit bedrohen. Die Krise trifft vor allem ärmere Menschen und Regionen. Die globalen Aufgaben in der Klima-

				und Energiepolitik haben sich mit der Wirtschaftskrise nicht erledigt. Sie müssen gegen die kurzfristigen Renditeinteressen von Banken, Fonds und Konzernen durchgesetzt werden. Dies erfordert große Anstrengungen für gemeinsame Investitionen in die Energiewende. Europa und die europäischen Staaten tragen eine besondere Verantwortung, ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften im globalen Maßstab zu fördern.“
--	--	--	--	--

Thema: Wirtschaftliche Dimension der Umweltpolitik				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Durch den Export von Umwelttechnologien, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung von Energieeffizienz werden wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung erheblich gestärkt.	Keine Angaben	Die Grünen sind der Meinung, dass Ökologie und Wirtschaft zusammengehören, denn ohne gesunde ökologische Entwicklung kann es ihrer Ansicht nach keine gesunde ökonomische Entwicklung geben; sie fordern eine „Dritte industrielle Revolution“	Sozial-ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Entwicklung sind aus Sicht der Linkspartei kein Widerspruch. Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften erfordert öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, in Bildung und eine starke europäische Binnennachfrage. Leistungsfähige soziale Sicherungssysteme sind auch eine Voraussetzung für den ökologischen Umbau der Gesellschaft.

Thema: Soziale Dimension der Umweltpolitik				
CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben	Keine Angaben.	Die konkrete Ausgestaltung von Umweltpolitik darf nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft führen. Bezahlbare Energie und Mobilität müssen auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben;

				<p>"Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweise sind zwei Seiten einer Medaille. So ist eine fortschrittliche Klimaschutzpolitik nicht nur überlebenswichtig für die natürliche Umwelt, sie ist zugleich ein Beitrag zum Kampf um globale soziale Rechte, verschärft der fortschreitende Klimawandel doch das tägliche Ringen von Millionen Menschen ums Überleben. Die konkrete Ausgestaltung von Umweltpolitik darf jedoch nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft führen. Bezahlbare Energie und Mobilität müssen auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben. Der ökologische Umbau bedarf daher eines starken sozialen Sicherungssystems."</p>
--	--	--	--	--